

Demonstrationen gegen den Krieg

Die Angst in Russland

25. Februar 2022, 17:24 Uhr | Lesezeit: 5 min

Ein paar Tausend Menschen haben es in Russland gewagt, gegen Putins Krieg auf die Straße zu gehen. Schnell wurden sie festgenommen. Gefährlicher könnte dem Kreml-Herrn eine andere Art des Protests werden.

Von Silke Bigalke, Moskau

Verriegelt und verrammelt war der Rote Platz am Donnerstagabend. Die schweren Eisenporten des Auferstehungstors waren geschlossen, die Zufahrten mit Gittern verstellt. Selbst durch den Alexandergarten außerhalb der Kremlmauern kamen Spaziergänger nicht mehr. So groß war offenbar die Angst, ein paar unzufriedene Moskauer könnten den Protest bis vors Zentrum der Macht tragen. Es wäre ein Protest, auf den die Welt nun wartet. "Viel hängt vom russischen Volk ab", hatte der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij während einer Pressekonferenz am Donnerstag gesagt und sich dabei an das Nachbarvolk gewandt. "Es ist Zeit, dass alle, die in Russland ihr Gewissen noch nicht verloren haben, herauskommen und ihren Protest gegen den Krieg mit der Ukraine erklären."

Am Donnerstag begann Wladimir Putin den offenen Angriff, abends protestierten Menschen in mehr als 60 russischen Städten. "Wir brauchen keinen Krieg", stand auf ihren Schildern und: "Ich bin für Frieden." Einige Tausend Teilnehmer sollen es nach Medienberichten in Moskau gewesen sein, wo offiziell knapp 13 Millionen Menschen leben. Das sind noch nicht die Proteste, auf die Selenskij hofft.

Vor einem Jahr noch waren viel, viel mehr Menschen bei den Demonstrationen dabei

Zum Vergleich: Vor einem Jahr, im Januar 2021, gingen je nach Schätzung um die 200 000 Menschen in mehr als hundert russischen Städten auf die Straße, rollte eine gewaltige und sehr sichtbare Welle des Unmuts gegen Putin durch das Land. Der Oppositionelle Alexej Nawalny war inhaftiert worden, ein Marionettengericht sperrte ihn für Jahre ein. Schon damals wurden mehrere Tausend Demonstrierende festgenommen.

Nachrichten zum Krieg in der Ukraine - zweimal täglich per Mail oder Push-Nachricht

Alle Meldungen zum Krieg in der Ukraine - im SZ am Morgen und SZ am Abend. Unser **Nachrichten-Newsletter** bringt Sie zweimal täglich auf den neuesten Stand. [Kostenlose Anmeldung unter sz.de/morgenabend](#). In unserer **Nachrichten-App** ([hier herunterladen](#)) können Sie den Nachrichten-Newsletter oder unsere Eilmeldungen auch als Push-Nachricht abonnieren.

Seither hat sich viel verändert, sind Massendemonstrationen fast unvorstellbar geworden. Selbst Nawalny und sein Team wagen nicht mehr, dazu aufzurufen, das Risiko für die Teilnehmer ist zu hoch. Putins Machtapparat hat genügend Gesetze geschaffen, um Aufmäpfige über Jahre einzusperren.

Vor diesem Hintergrund wirken die Zahlen vom Friedensprotest am Donnerstag beinahe ermutigend. Das Internet zeigt altbekannte Bilder: Sicherheitskräfte mit großen Helmen oder schwarzen Masken nehmen Leute fest, allein in Moskau mehr als tausend, zählt die Bürgerrechtsbewegung OWD-Info. Und am Freitag, teilt sie mit, seien noch einmal 400 Menschen festgenommen worden bei neuen Protesten in 17 Städten.

Die Stimmung in Russland lässt sich indes wohl besser im Internet ablesen als auf der Straße. Beinahe eine halbe Million Menschen unterschrieben bis Freitagmittag eine Online-Petition gegen den Krieg. Ins Leben gerufen hatte sie Lew Ponomarjow, ein altgedienter Menschenrechtler, der bereits vor zwei Jahren als Auslandsagent gebrandmarkt wurde und seither von der russischen Justiz drangsaliert wird. Am Sonntag wurde der 80-Jährige mal wieder festgenommen. Er hatte am Puschkin-Platz ein Schild hochgehalten: "Russland, rühr die Ukraine nicht an" stand darauf.

"Viele von uns haben Verwandte, Freunde und Kollegen, die in der Ukraine leben", schrieben russische Wissenschaftler in einer Erklärung im Netz, mehr als 2000 haben bereits unterschrieben. Sie verdammen den Krieg, für den es "keine rationalen Rechtfertigungen" gebe. Es gibt mehrere solch offener Briefe, oft sind es Journalisten, Kulturschaffende, Menschenrechtler, Auslandsexperten, die sich im Netz äußern.

Den Kreml dürften eher Leute wie der Rapper Oxxxymiron stören, weil sie ihre politische Meinung zu Millionen Fans tragen. "Mit Worten sind immer alle für den Frieden und gegen den Krieg", sagt er in einem Instagram-Video, "aber das hindert nicht daran, Eroberungskriege zu führen." Den Angriff auf die Ukraine nennt er eine "Katastrophe und ein Verbrechen", dann ruft

er die Russen zu einer Antikriegsbewegung auf.

Oder der Blogger und Journalist Juri Dud, der bei Youtube knapp zehn Millionen Abonnenten hat, bei Instagram fünf. "Ich habe diese Regierung nicht gewählt", schreibt er dort, "ich habe ihre imperiale Raserei nicht unterstützt." In seinem Fall haben die Behörden bereits reagiert: Eine "Veröffentlichung" des Bloggers, "in der er seinen Ekel gegenüber unserem Land äußert", habe in den sozialen Netzwerken Aufsehen erregt, sagte Jekaterina Misulina von der "Liga für sicheres Internet" bei einer Dringlichkeitssitzung der zuständigen Behörde. Sie bat darum, den Blogger auf die Liste der ausländischen Agenten zu setzen.

Viele Russen fürchten den Krieg. Bei einer Umfrage des Lewada-Zentrums 2021 antworteten knapp zwei Drittel, sie hätten ständig oder häufig Angst vor einem Weltkrieg. Das, was das russische Staatsfernsehen seit Donnerstagmorgen zeigt, wird dort nicht Krieg genannt, sondern als Befreiungsaktion dargestellt. Vertreter von Regierung und Militär sprechen von "Sonderoperation" und behaupten, dass keine zivilen Ziele getroffen würden. Wenn das Fernsehen doch zerstörte Wohnhäuser zeigt, werden ukrainische Kräfte dafür verantwortlich gemacht.

"Ich erwarte keine Kundgebungen", hat die Schriftstellerin Ljudmila Ulitzkaja dem russischen Magazin *Snob* gesagt. "Unsere Gesellschaft befindet sich im Zustand tiefer Apathie, Depression und Angst." Als Putin 2014 die Krim annektiert hat, demonstrierten in Moskau Zehntausende für Frieden. Damals haben Leute wie Boris Nemzow und Dmitrij Gudkow den Protest angeführt. Nemzow wurde 2015 erschossen. Gudkow ist vergangenes Jahr aus Russland emigriert. Auch sonst sind keine führenden Köpfe einer ohnehin kaum existenten Opposition mehr im Land - oder in Freiheit.

2014, als Putin die Krim annektierte, gab es noch eine andere, viel größere Bewegung: Die Mehrheit stellte sich damals hinter den Präsidenten, freute sich über eine russische Krim und vergaß ihren Ärger über niedrige Renten und korrupte Beamte. Dieses Gefühl hat Putins Umfragewerte damals in die Höhe schnellen lassen, inzwischen hat es sich abgenutzt. Viele Kritiker, Nawalny etwa, warnen davor, dass der Kreml mit seinem Krieg wieder von innenpolitischen Problemen ablenken wolle.

"Die Idee, dass der Boss verrückt geworden ist, ist nicht länger auf die Opposition beschränkt."

"Wir sollten zunächst mit einer kleinen, aber dennoch spürbaren Zunahme patriotischer Gefühle und einer Konsolidierung der Macht rechnen", sagt der Meinungsforscher Lew Gudkow. Allerdings werde die Stimmung "ziemlich schnell" wieder abnehmen, "weil die Leute keinen Krieg

wollten und keinen Sinn darin sehen. Sie hatten Angst davor, trotz der wahnsinnigen Propaganda und des Drucks." Die russische Politikwissenschaftlerin Tatjana Stanowaja beobachtet vor allem die Machtelite in Moskau. Sie schreibt auf Telegram, dass es zwar niemand aus dem Führungszyklus wagen würde, sich nun gegen Putin zu stellen. Aber: "Die Idee, dass der Boss verrückt geworden ist, ist nicht länger auf die liberale Opposition beschränkt."

Selenskij hat am Freitagmorgen eine neue Botschaft an die Russen geschickt. "Allen Bürgern der Russischen Föderation, die zum Protest herauskommen, möchte ich sagen: Wir sehen Sie. Das heißt, Sie haben uns gehört, das heißt, Sie beginnen, uns zu glauben. Kämpfen Sie für uns, kämpfen Sie gegen den Krieg."

Am späten Donnerstagabend ist der Puschkin-Platz in Moskau, auf dem die Proteste stattfanden, geräumt. Einige Hundert Meter weiter, auf dem Boulevard, findet man letzte Spuren: "Net Wojne" steht dort in Rot und halb verwischt durch eine Schneewehe, "kein Krieg". Noch ein Stück weiter steht das Gebäude der staatlichen Nachrichtenagentur Tass. "Die Polizei Moskaus erinnert an die Haftbarkeit für die Teilnahme an nicht genehmigten Kundgebungen", läuft als Nachricht über die Leinwand an der Fassade.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5537024

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.